

Von der EZB gehen unterschiedliche Signale zur **ABSCHAFFUNG DES BARGELDES** aus. Ein jüngst abgeschickter Brief an Italien lässt die Fans von Münzen und Scheinen aber wieder hoffen.

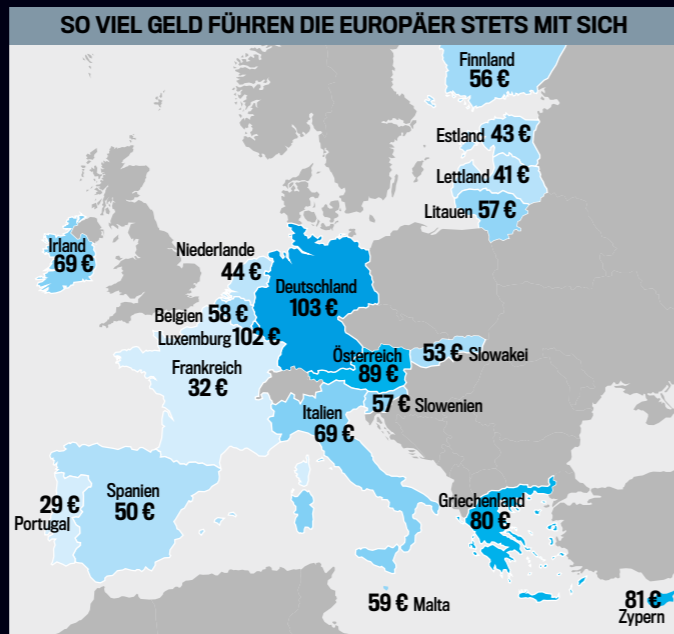
VON FRANZ C. BAUER

Ein Brief durchaus bemerkenswerten Inhalts erreichte die italienische Regierung vor einigen Tagen. In dem Schreiben kritisiert EZB-Direktionsmitglied Yves Mersch die Pläne des römischen Finanzministeriums, die Obergrenze für Bargeldbezahlungen zunächst von 3.000 Euro auf 2.000 Euro und in einem weiteren Schritt auf nur noch 1.000 Euro abzusenkten. Italiens Finanzminister, der Sozialdemokrat Roberto Gualtieri, begründet diese Pläne mit der Bekämpfung von Schwarzgeld, Steuerhinterziehung und der Mafia. Mersch hält dem entgegen, dass die EZB bei derartigen Vorhaben „im Rahmen ihrer Zuständigkeit angehört“ werden müsse. Zu Bedenken gibt die EZB außerdem, dass Bares nicht auf technische Infrastruktur angewiesen sei.

Die Haltung Mersch – immerhin stellvertretender Vorsitzender des EZB-Aufsichtsgremiums – überrascht etwas. Bisher positionierte sich die EZB nämlich eher als Gegnerin des physischen Zahlungsverkehrs. So verfasste etwa Katrin Assenmacher, Leiterin der Division „Geldpolitische Strategie“ der EZB, gemeinsam mit Signe Krogstrup, Beraterin des Internationalen Währungsfonds (IWF), vergangenes Jahr ein internes Papier mit Vorschlägen für Notenbaken, wie sie ihren Bürgern das



Cash ist immer noch King



SICHERHEITSNETZ. Es ist ein gutes Gefühl, ausreichend Bargeld in der Tasche zu haben – sollte die Kreditkarte einmal versagen. Deutsche und Luxemburger sind hier bestens gerüstet, Schlusslicht sind die Portugiesen.

Bargeld ausreden können. Es war, internen Informationen zufolge, bereits mindestens das dritte derartige Strategiepapier. Die damalige Chefin des IWF, Christine Lagarde, gilt als deklarierte Gegnerin des Bargeldes. Am 1. November 2019 wechselte sie an die Spitze der EZB und ist nun die oberste Währungshüterin des Euro. Hier zeichnet sich nun offenbar ein Konflikt innerhalb der EZB zwischen Bargeldbefürwortern und Bargeldgegnern ab – es sei denn, Lagarde hat ihre Meinung geändert.

Gegner physischer Zahlungsmittel führen häufig den Kampf gegen Kriminalität und Terror als Argument gegen Bargeld ins Feld. Hermann Wonnebauer, Vorsitzender der Österreich-Tochter der Zürcher Kantonalbank, sieht das anders: „Das ist eine reine Ausrede. Sicher, es gibt den kleinen Rauschgift Händler, der mit Bargeld hantiert. Aber die großen Beträge fließen über Unternehmen und Holdingkonstruktionen und werden auf diese Weise weißgewaschen“, so der Banker. Außerdem gebe es speziell im arabischen Raum Zahlungssysteme, die wenig reguliert seien. „Terrorfinanzierung und Drogengeld – das läuft nicht hier, sondern ganz woanders“, so Wonnebauer.

Deutliche Töne sind aus dem österreichischen Finanzministerium zu vernehmen. „Wir verwehren uns ganz klar gegen eine schleichende Abschaffung von Bargeld“, so das offizielle Statement. Was allerdings nur zum Teil stimmt. „Schleichend“ hat nämlich auch Österreich mitgeholfen, Bargeld zurückzudrängen. Ohne eine Zustimmung hätte das langsame Ende des 500-Euro-Scheines, der zwar noch in Umlauf ist, aber nicht mehr nachproduziert wird, nicht stattfinden können. Und was die europaweit diskutierte Abschaffung der Ein- und Zweieuro-Münzen betrifft, hält sich das Finanzministerium noch bedeckt – hier wolle man erst prüfen. Allerdings dürfte es sich dabei eher um eine technische Frage und nicht um eine Grundsatzentscheidung für oder gegen Bargeld handeln – Produktion und Handling verursachen, so die Argumentation, Kosten, die den Wert der Münzen deutlich übersteigen.

Für Bargeld haben sich jedenfalls Österreichs Banken entschieden. Die Barbestände der Institute liegen laut Statistik der Oesterreichischen Nationalbank derzeit in der Gegend von acht Milliarden Euro – etwa dreimal so hoch wie vor zehn Jahren. Damit weichen die Institute den Negativzinsen aus, die sie bei der EZB für Einlagen bezahlen müssten.



„An eine Gesellschaft ohne Bargeld glaube ich nicht, das werden wir nicht erleben. Aber es wird in seiner Bedeutung zurückgedrängt.“

H. WONNEBAUER
ZÜRCHER KANTONALBANK ÖSTERREICH

STEUERUNGSEFFEKT. Genau dieser Umstand ist es aber, der Institutionen wie IWF und EZB dazu bewogen hat, recht konkret über die Abschaffung des Bargeldes nachzudenken. Negativzinsen verlieren ihren Steuerungseffekt, wenn praktisch jeder auf Bares ausweichen kann. Doch auch für diesen Fall hat der IWF eine Lösung: In Geschäften könnten für Waren und Dienstleistungen ja zwei Preise ausgeschrieben werden: der niedrigere für Zahlungen vom Konto, etwa per NFC-Technologie oder Karte, und der höhere für jene, die zum Geldbörsel greifen.

Vorerst fristen derartige Überlegungen freilich noch ein Schattendasein in

diversen Strategiepapieren. Dass sie in absehbarer Zeit real umgesetzt werden, hält Hermann Wonnebauer für unwahrscheinlich: „An eine Gesellschaft ohne Bargeld glaube ich nicht, das werden wir nicht erleben. Aber es wird in seiner Bedeutung zurückgedrängt.“ Aktuell ist davon freilich wenig zu merken: In zahlreichen EU-Ländern spielt Bargeld eine wichtige Rolle. Jeder Vorstoß in Richtung Abschaffung könnte populistischen Politikern in den Hände spielen. Eine mögliche Erklärung für den Italien-Brief des Luxemburgers Mersch. Dessen Landsleute tragen nämlich (siehe Grafik) immer besonders viel Bares bei sich. **IT**

